

Energiewende sorgt für hohe Strompreise

— Von: Hartmud Ose,
Datteln
— Betr.: Entwicklung der
Strompreise

Die Strompreise in Deutschland haben ein Niveau erreicht, das als asozial für die Masse der Bürger und investitionsfeindlich für die Wirtschaft bezeichnet werden muss. Ich habe die Stromkonzerne immer kritisiert, aber für die aktuelle Situation tragen ausschließlich unfähige Politiker, weltfremde Träumer und geldgierige Privatinvestoren die Verantwortung.

Die Ursachen liegen klar vor aller Augen – der ungesteuerte Zubau von Photovoltaik- und Windstromanlagen hat dazu geführt, dass ein wahrer Tsunami unstenen Stroms zu bestimmten Zeiten in das Netz gedrückt wird und alle Kraftwerke für diese Zeiträume heruntergefahren werden. Da dies noch nicht ausreicht, werden große Strommengen in Nachbarländer verschenkt. Für einen derartigen Arbeitszyklus sind die Kraftwerke aber nicht ausgelegt, sodass ihr Verschleiß drastisch zunimmt und die Betriebskosten steigen. (...)

Alle diese Kosten werden per Strompreis auf die Endverbraucher übertragen. Fatal war Merkels rechtswidriger Beschluss, die AKWs von heute auf morgen still zu legen. Dass diesen Laufzeiten von 17 bis 25 Jahren genehmigt waren, wurde mit einem Federstrich Makulatur – das Politbüro lässt grüßen. Jetzt erst sind die ersten Klagen anhängig, mit denen die Eigentümer diesem enteignungsgleichen Eingriff begegnen. Hier werden Mrd.-Summen an Entschädigungszahlungen fällig werden; wer diese tragen wird, liegt auf der Hand, jedenfalls weder Merkel noch deren Ohrenbläser.

In dieser von einer völlig verantwortungslosen Politik geschaffenen Szenerie sind die Stromkonzerne vom Krösus zum Bettler gemacht worden. Die Aktienkurse sind massiv eingebrochen, was den Aktionären ohne jedes Verschulden Mrd.-Verluste eintrug und den Kommunen darüber hinaus wegen stark gesunkener oder ausgefallener Dividenden erhebliche Mindereinnahmen bescherte. Die verhängnisvollste Folge merkelschen Irrsinnshandelns ist der Wegfall Zehntausender gut dotierter Arbeitsplätze und damit ein Aderlass für Sozialversicherung und Steuern sowie Kaufkraft. (...)

Merkel 2

13.10.14